



# Glocalist<sup>®</sup>

## REVIEW

**Ausgabe Nr. 97/2006**

Herausgegeben von:  
Christian Neugebauer  
Euro 3,- 23.1.2006  
www.glocalist.com  
office@glocalist-review.com  
ISSN 1729-6722

Digitale Wochenzeitschrift für NGO&NPO-Management, Politik, Ökonomie und Kultur | **Gegr. 2003**



*Französische Revolution 1789-1799*

# ZIVILGESELLSCHAFT 2006

*PS: Im Übrigen gehört die Spenden-  
absetzbarkeit eingeführt.*

# INHALT

## Schwerpunkt Zivilgesellschaft

Editorial .....	3
NGO der Woche	
IG Regenwassernutzungsanlagen .....	4
NGO des Jahres	
Einladung zur Preisverleihung .....	6
Symposium „Ich und wir“	
Symposiumsbericht	
„Aufgaben der Zivilgesellschaft von morgen“ .....	7
6. WTO-Ministerkonferenz	
Kurzanalyse von attac Österreich .....	12
OeNWE	
Reflexion über "Die Seele des Unternehmens"	
Andreas Reinisch .....	16
Kommentar	
Im Tal der Tränen liegt auch Gold ; Stefan Nährlich .....	19
Das Gegeneinander von Lissabon-Strategie und	
EU-Nachhaltigkeitsstrategie; Fritz Kroiss .....	20
ABO .....	23

**Nächste  
Ausgabe**

**30.1.2006**

### **Impressum**

Glocalist Review : Digitale  
Wochenzeitschrift für  
NGO&NPO-Management,  
Politik, Ökonomie und Kultur;  
Gegr. 2003

Medieninhaber und Verleger:  
„arbeitsraum-philosophie“ agen-  
tur für analoge & digitale kom-  
munikationswirtschaft GmbH  
Herausgeber:  
Dr. Christian Neugebauer  
Redaktion: A-1030 Wien,  
Barmherzigeng. 17/6/1;  
oder per Mail an  
redaktion@glocalist-review.com

**Design:** www.arbeitsraum.at

### **Anzeigenverwaltung:**

0699/11 88 16 43  
anzeigenleitung@glocalist-  
review.com

### **Abo-Service:**

office@glocalist-review.com  
[http://www.glocalist-  
review.com](http://www.glocalist-review.com) >> **Abonnement**  
Bezugsabmeldung nur zum Ende des  
vereinbarten Zeitraumes mit sechs-  
wöchiger Kündigungsfrist.

### **Internet:**

www.glocalist-review.com

### **Mail:**

office@glocalist-review.com  
Bankverbindung: BLZ 20111  
Kto: 2836 234 1100

Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte und LeserInnen-  
briefe wird keine Haftung und  
Gewährleistung übernommen.  
Der Herausgeber und die  
Redaktion behalten sich even-  
tuelle Kürzungen vor. Nament-  
lich gekennzeichnete Beiträge  
drücken nicht unbedingt die  
Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion aus und für diese  
Beiträge und ihren Wahrheits-  
gehalt haften ausschließlich die  
AutorInnen.

# Zivilgesellschaft

Von Christian Neugebauer

Zahlreiche NGOs versuchen dzt. den "Rat der Zivilgesellschaft" zu begründen. Initiativ wird dieser vesuch getragen u.a. von GREENPEACE, Kreis der Wiener Deklaration, dem Doyen der Umweltschutzbewegung Peter Weihs und auch von den GLOCALIST Medien.

Ein erstes vielversprechendes Treffen im Jänner sah rund 40 Organisationen aus allen Bereichen der NGO-Welt: von Volkshilfe über SOS-Mitmensch, WWF bis hin zu der ARGE-Schöpfungsverantwortung oder Ökodorf wie Permakultur, um nur einige wenige pasr pro toto anzuführen.

Im ersten Treffen hat man sich darauf verständigt, den "Tag der Zivilgesellschaft", voraussichtlich am 6. Mai, auszurichten.

Parteien und staatliche Organisationen erkennen den Zug der Zeit und versuchen das Thema Zivilgesellschaft aufzunehmen resp. für sich zu gewinnen, was durchaus legitim und sinnvoll sein kann.

Ein erster wünschenswerter Schritt wäre an die Adressen der politischen Parteien gerichtet - wie schon mehrfach in den GLOCALIST Medien angesprochen - Parteien-SprecherInnen für Zivilgesellschaft und NGOs "einzurichten" bzw. namhaft zu machen.

Damit ist einem Dialog zwischen Parteien und Zivilgesellschaft mehr gedient als etwas vorschnell die Rolle und Aufgabe der Zivilgesellschaft durch die Parteien bestimmen zu wollen. Die Zivilgesellschaft war und ist konstituierend für Staat und Markt; dies sollten die Player in diesen bereichen nicht vergessen!

Die GLOCALIST Medien werden den Tag wie den Rat der Zivilgesellschaft medial begleiten und Forum wie Raum zur Verfügung stellen.



CHRISTIAN NEUGEBAUER,  
HERAUSGEBER



Nr. 3  
SEIT 23.12.05  
im Zeitschriftenhandel

# Interessengemeinschaft Regenwassernutzung IGRW

## *Zukunftsorientierte Menschen setzen auf Regenwassernutzungsanlagen*



Die Interessengemeinschaft Regenwassernutzung, kurz IGRW, wurde ins Leben gerufen, um den Einsatz von Regenwassernutzungsanlagen in Zukunft voranzutreiben. Die Einsparung von Trinkwasser ist aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen eine notwendige und wertvolle Maßnahme. Die Interessengemeinschaft, eine gemeinsame Aktion führender Top-Hersteller von Kunststoff- und Betontanks in Österreich, hat sich zum Ziel gesetzt, die ökologische Regenwassernutzung bekannt zu machen, zu fördern und auszubauen. Mit einer Regenwassernutzungsanlage können private Haushalte, Betriebe und öffentliche Einrichtungen auf ökologisch sinnvolle Weise wertvolles Trinkwasser sparen und durch Regenwasser ersetzen.

Regenwasser hat viele Vorzüge und ist ideal für die Bewässerung von Pflanzen und Garten, eine naturnahe Regenwasserbewirtschaftung sowie den Einsatz als Toilettenwasser und Wasser für Waschmaschinen.

Mittels moderner Technologie, im Speziellen unterirdische Erdspeicher bzw. Tanks, kann Regenwasser problemlos gesammelt und nach Bedarf genutzt werden. Komplette und kompakte Regenwasser-Nutzungs-Systeme mit Tank, Filter, Entnahmestationen und Leitungen sind heute Standard. Die Regenwassernutzung gilt als ausgereifte Technologie mit technischen Normen und hat einen festen Platz in der Haustechnik.

Wesentliche Kernaufgaben der IGRW sind die Unterstützung zur Schonung der Ressourcen, die Bereitstellung objektiver Infor-

mationen sowie der Einsatz und die Weiterentwicklung eines modernen qualitativ hochwertigen Technologiestandards.

Als gemeinsame Ziele hat die IGRW für den Bürger folgende Punkte definiert:

### o **Ökologische Lebensweise:**

Eine ökologisch orientierte Lebensweise beinhaltet ebenso die Nutzung natürlicher Ressourcen, wenn damit andere, aufwändigere Nutzungen vermieden werden können.

### o **Kosten sparen für die Allgemeinheit:**

Eine breite Anwendung der Regenwassernutzung kann den weiteren Ausbau von Transport- und Aufbereitungssystemen und den damit verbundenen Kosten verhindern.

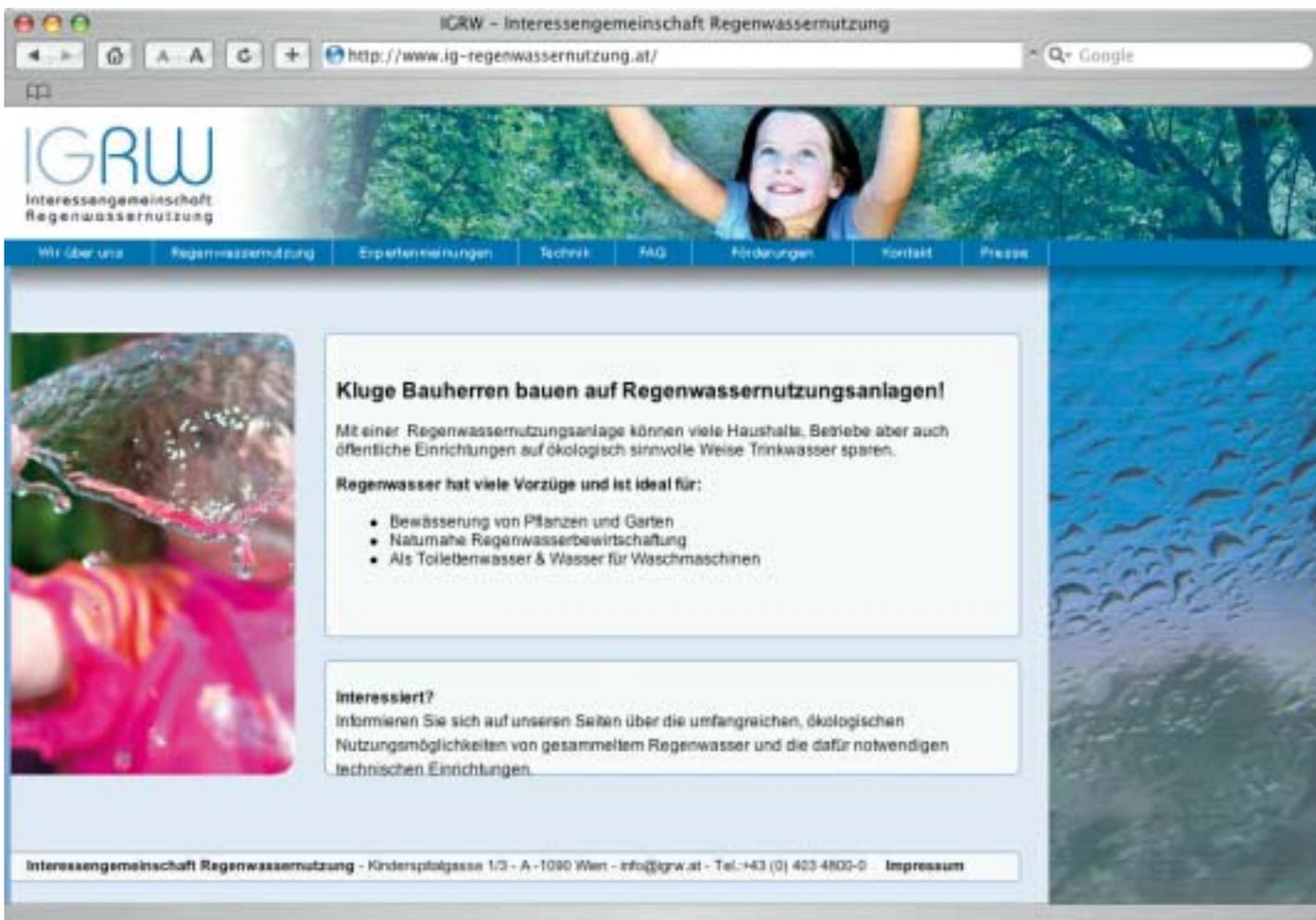
### o **Kosten sparen für den Einzelnen:**

Die Nutzung des Regenwassers erspart die Kosten für aufbereitetes Trinkwasser für andere Zwecke, beispielsweise für die Gartenbewässerung. Der Verbrauch von sauberem Regenwasser spart zudem die Abwasserkosten.

### o **Breite Nutzung von Regenwasser:**

Somit wird auch ein Beitrag zur ökonomischen Versorgung mit Wasser geleistet. Es muss nicht mehr versorgt werden, als unmittelbar notwendig ist.

Die Interessengemeinschaft Regenwassernutzung ist in Übereinstimmung mit ihren Richtlinien nach allen Seiten für Unter-



The screenshot shows a web browser window with the URL <http://www.ig-regenwassernutzung.at/>. The page features a header with the IGRW logo and a navigation menu with the following items: [Wir über uns](#), [Regenwassernutzung](#), [Erfahrungswirungen](#), [Technik](#), [FAQ](#), [Förderungen](#), [Kontakt](#), and [Presse](#). The main content area includes a large image of a girl with her arms raised in a forest, and a smaller image of water splashing. The main article is titled "Kluge Bauherren bauen auf Regenwassernutzungsanlagen!" and discusses the benefits of rainwater harvesting for households and public facilities. It lists several advantages of rainwater, such as irrigation, natural water management, and use for toilets and washing machines. A footer contains contact information for IGRW, including the address, email, and phone number, along with a link to the [Impressum](#).

nehmen, Institutionen und Gruppierungen offen, die sich mit den Zielsetzungen der IGRW identifizieren. Dazu gehören: Industrie, Handel, Gewerbe, Wasserversorger und -entsorger, Institutionen, Interessenvertretungen, NGOs, Wissenschaft und Forschung.

Detaillierte Informationen zur IGRW, ihren Einsatzbereichen, den Technologien und Förderrichtlinien für gesammeltes Regenwasser finden Sie auf

[www.ig-regenwassernutzung.at](http://www.ig-regenwassernutzung.at).

# Präsentation der NGO des Jahres 2005

*Die Leser und Leserinnen der Glocalist Medien haben gewählt.*

## EINLADUNG

*Die Glocalist Community hat zum zweiten Mal gewählt und aus rund 35 NGOs der Woche - präsentiert Woche für Woche im Glocalist Review - die NGO des Jahres 2005 gewählt. Die Glocalist Medien laden zur Präsentation der SiegerInnen und Netzwerke ein:*

***Wann: 10. Februar, 18.30 Uhr***

***Wo: GLOCALIST, Barmherzigengasse 17/6/1, A-1030 Wien***

Nominiert wurden bereits folgende NGOs:

- o Wiener Tafel
- o Bunte Zeitung
- o Verein 08
- o Verein SONNE International
- o Mirno More
- o ai Academy

Welche NGOs nun welchen Platz errungen hat, wird am 10. Februar präsentiert. Hauptpreis ist eine 2-stufige Insertionskampagne in den Glocalist Medien.

Wir ersuchen aufgrund beschränkter TeilnehmerInnenzahl um Ihre Anmeldung:

Mail: [office@arbeitsraum.at](mailto:office@arbeitsraum.at)

Telefon: 01/597 2001



VLNR. WERNER KERSCHBAUM (ROTES KREUZ), CHRISTIAN FRIESL (IV), EMIL BRIX (BOTSCHAFTER)

# Zivilgesellschaftliche Auf- und Umbrüche

*Symposiumsbericht „Aufgaben der Zivilgesellschaft von morgen“*

## Ansprüche und Einstiege

Die Zivilgesellschaft boomt und ist in allen Munden. Sie, die Zivilgesellschaft, beginnt sich auch in Österreich zu formieren und zu artikulieren. Hier ist schon dieser Prozess Weg wie Ziel und als Eigenbestimmung zu verstehen. Für die Politik, aber auch Wirtschaft, konstituiert sich so mehr und mehr ein neuer Player.

Anlass für das Österreichische Rote Kreuz in Kooperation mit der Industriellenvereinigung (iv) und den Medienpartner „GLOCALIST Medien“ und „Der Standard“ am 16. Jänner 2006 im Haus der Industrie ein Symposium zum Thema „ich & wir -

Aufgaben für die Zivilgesellschaft von morgen“ zu veranstalten. Diesen gesellschaftlichen Umbruch zu verorten, aber auch ein Stück weit mitzudefinieren fand bei rund 250 TeilnehmerInnen Anklang. Grundlage für das Symposium ist das Positionspapier zu Zivilgesellschaft, welches kostenfrei von der Website [www.zivil.at](http://www.zivil.at) downgeloadet werden kann.

Veit Sorger, Präsident der iv, hebt in seinem Eröffnungsstatement an, daß Österreich eine aktive Zivilgesellschaft brauche. Dies beweist sich auch in der steigenden Bedeutung von CSR (Corporate Social Responsibility) für die Wirtschaft und Gesellschaft. In bezug auf das Thema „Leistung und Solidarität“ kann und



ich & wir



VEIT SORGER

soll niemand aus seiner/ihrer Verantwortung entlassen werden.

„Wir wollen mit dem Symposium einen wichtigen Schritt setzen. Denn es liegt heute in unseren Händen, positive Entwicklungen zu fördern und negative zu bremsen. Daher müssen schon jetzt Überlegungen angestellt werden, wie die gemeinsamen Beiträge von Politik, Wirtschaft und NGOs aussehen könnten, um die zukünftige Gesellschaft zu gestalten“, erklärt Walter Rothensteiner, Vizepräsident des Österreichischen Roten Kreuzes.

Im Rahmen der Eröffnungsrede hat Markus Beyrer, Generalsekretär der iv, hervorgehoben, dass Österreich eine Leistungsgesellschaft mit sozialer Ausprägung sei, die jedoch an ihre Leistungsgrenzen stößt. Es stellen sich nun die Fragen: Welche Veränderungen kommen auf uns zu? Wer übernimmt welche Aufgaben? Die Kooperation der Organisationen der Zivilgesellschaft, der Politik und der einzelnen Bürger wird immer wichtiger.

In Anschluss an Beyrers Ausführungen verwies Wolfgang Kopetzky, Generalsekretär Österreichisches Rotes Kreuz, auf die Gefahr der Entwicklung vom Wohlfahrtsstaat zur Notgemeinschaft. Es sind Maßnahmen zu treffen, um die Wohlstandsgemeinschaft zu erhalten. Darüber hinaus ist mehr Verantwortung des Einzelnen gefragt. Beyrer wirft die Frage auf, von wo das Finanzkapital kommen wird, wenn Wohlfahrtsträger immer weniger Mittel zur Verfügung stellen? Eine Frage, die allgemein im Publikum geteilt wurde unter dem Stichwort „Sprit für die Zivilgesellschaft“.



WALTER ROTHENSTEINER



MARKUS BEYRER

### Thesen zur Zivilgesellschaft

Im Vorfeld der Tagung wurden von kleineren Arbeitsgruppen Thesen zur Zivilgesellschaft ausgearbeitet, die im ersten Teil des Symposiums präsentiert wurden: Botschafter Emil Brix verwies zu Beginn sei-

ner Präsentation auf die Notwendigkeit der Diskussion auf europäischer Ebene. Die Gesellschaft vollzieht einen Wandel in Richtung partizipativer Politik, vernetzte Problemstellungen, Reduzierung der Problemlösungsfähigkeit der Staaten, Wandel der Öffentlichkeit und starke interkulturelle Differenzen. Konfliktlösungsansätze sind im gesellschaftlichen Zukunftsszenario neu zu beantworten. Die Aufgabenteilung zwischen Staat und Bürger ist nicht mehr eindeutig und verlangt nach einer neuen Diskussion.

Als Vorschläge zur Verstärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements wurden u.a. folgende politische Maßnahmen vorgeschlagen:

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch Motivationsstrategien und Anreizsysteme: z.B. Einbeziehung der Schulen in Form von Projektarbeiten oder Entwicklung von Unterrichtsmodulen, Anrechenbarkeit von Freiwilligendiensten für Pensionsanspruch oder Einberufung eines Sozialforums, das sich aus Experten von NGOs und Wirtschaft zusammensetzt und dem Parlament zugeordnet wird.

Christian Friesl, Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik der iv, legt in seinem Referat dar: Sozialstaat und Leistungsgesellschaft sind offensichtlich zwei widersprüchliche Leitbilder, die es in Zukunft produktiv zu verbinden gilt. Friesl gibt in seinen Ausführungen zu verstehen, dass das Jahrhundert die Chance zum „sowohl als auch“ hat, denn „die Menschen wünschen sich beides: ein soziales Sicherungsnetz und Raum zur persönlichen und ökonomischen Selbstentfaltung“. Der Staat wird in Zukunft den sozialen Zusammenhalt nicht alleine sichern können. Daraus entsteht die Notwendigkeit der Kooperation von Politik, Unternehmen, Zivilgesellschaft und den einzelnen Bürger („sowohl als auch“).

Für eine nachhaltige Entwicklung ist eine Balance der 3 Ebenen Ökonomie, Ökologie und Soziales erforderlich. Friesl bekräftigte die Aufgabe der Wirtschaft und der einzel-

nen Unternehmen soziale Verantwortung zu übernehmen. Ein Konzept das auch unter CSR „Corporate Social Responsibility“ besser bekannt ist. In Zukunft sind für die Wirtschaft verstärkte Kooperationen in Bereichen, wie Aus- und Weiterbildung, innerbetriebliche Unterstützung der Freiwilligenarbeit und Kooperationen zwischen einzelnen Betrieben und NPOs vorstellbar. Zivilgesellschaftlichen Engagement von Unternehmen zeigt sich in Beschäftigung Älterer, Integration von Menschen mit Behinderung, besseren Einstiegschancen für Jugendliche.

Werner Kerschbaum legt schließlich die Perspektive aus NPOs mit seinem Redebeitrag dar: In Österreich existieren an die 100.000 Vereine. Rund 6 % der Österreicher sind bei NPOs beschäftigt. Dies verdeutlicht, dass NPOs zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden und neben Staat, Markt und privaten Netzwerken als 4. Sektor einzustufen sind. Kerschbaum beschreibt eine Veränderung des Gemeinschaftsgefühls in der Gesellschaft durch einen Mobilitätswachstum, der sich in 4 Dimensionen vollzieht: geografisch, gesellschaftlich, politisch und sozial. Es besteht nun die Gefahr einer Kultur der Trennung („Culture of Separation“), die durch die Zivilgesellschaft gelöst werden kann. Das Gemeinschaftsgefühl soll durch das Engagement Einzelner wiederbelebt werden. NPOs bekommen die Rolle der Katalysatoren, Multiplikatoren und Trägerraketen einer modernen Zivilgesellschaft zugeschrieben. Die Arbeitsgruppe hat folgende Forderungen formuliert: neue Qualität der Zusammenarbeit der 4 Gesellschaftsbereiche, eine offene Kooperation, gleichberechtigte Partnerschaften statt Bevormundung, ein Schul- und Bildungssystem als Nährboden und Informationsplattformen als Hilfe zur Selbsthilfe.

## High Evening

Im Zuge der Abendveranstaltung standen die zukünftigen Aufgaben von Politik,

Wirtschaft und NPOs im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt im Mittelpunkt:

Es diskutierten: Ursula Haubner (Bundesministerin, BZÖ), Konrad Paul Liessmann (Philosoph), Wilhelm Molterer (Klubobmann der ÖVP), Christian Neugebauer (Herausgeber GLOCALIST Medien), Madeleine Petrovic (Stv. Bundessprecherin der Grünen), Barbara Prammer (2.Nationalratspräsidentin, SPÖ) und Norbert Zimmermann (Vorstandsvorsitzender Berndorf AG)

Molterer betonte das „Ich und Wir“ - der Mensch sei ein gemeinschaftsbezogenes Wesen mit Eigenverantwortung. In seiner Rede verwies er auf die Solidarität und die Ermöglichung und Sicherung des sozialen Zusammenhalts als Rolle und Aufgabe des Staates. Der Staat springt dort ein, wo der Einzelne oder die Gemeinschaft nicht mehr kann, da es andernfalls zur „Vergesellschaftung“ kommt. Es stellt sich nun die Frage: Wer übernimmt im staatlichen Gefüge die Aufgaben? Im Statement von Molterer kam eine Gleichsetzung zwischen Bürgergesellschaft und Zivilgesellschaft schließlich zum Ausdruck mit der Betonung der Freiwilligkeit und sie stelle keinen Ersatz für Staat oder Markt dar, aber „freiwillige“ Hilfstruppe für Staat und Markt.

Liessmann, sieht den Begriff der Zivilgesellschaft ebenfalls in der kommunistischen Tradition und sieht daher das Aufkommen der Zivilgesellschaft als Ausdruck der Krise der Gesellschaft an sich, um wieder Gemeinschaft zu installieren, da das Individuum durch den Markt vereinzelt wird. Liessmann betont auch den Begriff der Zivilcourage, die dort Platz greifen sollte, wo der Rechtsstaat versagt. Als Ausprägungen für Formen der Zivilgesellschaft führt Liessmann den Alpenverein und GREENPEACE an: Beispiele mit welchen er auch die Gegensätze innerhalb der Zivilgesellschaft vor allem auf kultureller Ebene markieren will.

Laut Haubner gilt es die Gesellschaft fit für die Zukunft zu machen und dazu werden eine engagierte Zivilgesellschaft und gute Partnerschaften, z.B. von Wirtschaft und



WOLFGANG KOPETZKY



WILHELM MOLTERER



KONRAD LIESSMAN



VLNR. WILHELM MOLTERER (KLUBOBMANN DER ÖVP), KONRAD PAUL LIESSMANN (PROF. FÜR PHILOSOPHIE AN DER UNI WIEN), MODERATOR ERHARD STACKL (DER STANDARD), CHRISTIAN NEUGEBAUER (HERAUSGEBER GLOCALIST MEDIEN), BARBARA PRAMMER (NATIONALRATSPRÄSIDENTIN), MADELEINE PETROVIC (STV. BUNDESSPRECHERIN DER GRÜNEN), URSULA HAUBNER (BUNDESMINISTERIN)

Familien, gebraucht. Die Zivilgesellschaft also als verlängerte Werkbank für Markt und Staat, um den Wohlfühlfaktor und sozialen Zusammenhalt wieder herzustellen. Dies ist natürlich als Bankrotterklärung der Politik zu verstehen.

Konsequent formuliert daher die Aufgaben des Staates: Förderung von Einrichtungen des freiwilligen Engagements und die bessere Motivation des Bürgers. Zivilgesellschaft als zweites Standbein im Dienste des Staates.

Petrovic vertritt die Meinung, dass gewisse Teile von Staat und Gesellschaft einander brauchen. Ehrenamtliche bzw. freiwillige Organisationen könnten jedoch nicht die staatliche Grundleistung, u.a. betreffend Krankheit, Alter ersetzen. Die stellvertretende Bundessprecherin der Grünen griff weiters die soziale Verantwortung der Unternehmen auf und führte aus, dass diese zunehmend zu einem Wettbewerbsfaktor wird. Vielmehr ist es notwendig, „faire“ Produkte besser auszuweisen.

Petrovic fordert eine bessere Einbindung der Zivilgesellschaft und der Bürger in Verwaltungsverfahren und eine Erhöhung der Mitsprachemöglichkeit von NGOs. Laut Petrovic muss das Wir-Gefühl gelernt werden und das Schulsystem sei dahingehend zu ändern. Jugendliche sollen im sozialen Zusammenhang gefördert werden, da das bestehende Schulsystem zu wenig Möglichkeiten biete. Auch hier wird der Support von der Zivilgesellschaft für den Staat eingefordert.

Prammer hebt den verlässlichen Staat als Qualitätsmerkmal moderner Demokratie hervor. Ihrer Meinung nach funktioniert die Zivilgesellschaft dann, wenn man einen verlässlichen, starken Staat hat. Sie sieht die Zivilgesellschaft als Ergänzung zum Staat.

Prammer unterscheidet einerseits freiwilliges Ehrenamt, wie Rotes Kreuz, Feuerwehr. Hier gibt es nach Prammer einige offene Fragen wie beispielsweise Versicherungsleistung oder das damit verbundene Fernbleiben von der Arbeit, wenn man freiwillige Arbeit für die Gemeinschaft leistet. Es braucht laut Prammer einen Rahmen, damit diese Freiwilligkeit gelebt werden kann. Andererseits spricht sie von unfreiwilligem Ehrenamt, womit sie die unentgeltliche Arbeit von Frauen für Pflege und Familie anspricht sowie die ungleiche Entlohnung im Berufsleben im allgemeinen. Abschließend meint Prammer, dass sich die Zivilgesellschaft nicht in der Krise befindet, sondern die Zivilgesellschaft braucht klare Spielregeln durch den Staat vorgegeben.

Neugebauer fragt, warum die Zivilgesellschaft heute wieder en vogue ist? Er führt aus, dass die Zivilgesellschaft bisher zweimal Muskel in der europäischen Geschichte gezeigt hat und nun anhebt ein drittes Mal möglicherweise Muskel zu zeigen: Das erste mal mit der französischen Revolution. Durch die Zivilgesellschaft wurde so der moderne Staat mit seiner

Gewaltentrennung und der Markt - und der Markt ist nicht notwendigerweise mit Kapitalismus gleichzusetzen - erst überhaupt möglich gemacht und die Zivilgesellschaft gab beiden Rahmen und erst Existenz. Das zweite mal zeigte die Zivilgesellschaft Muskel mit dem Fall des Kommunismus, wo es der Zivilgesellschaft gelang den Kommunismus weitgehend friedlich zu transformieren. Heute hebt die Zivilgesellschaft an auf den Turbokapitalismus zu antworten: Erste Vorboten sind die Abstimmungen zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, wo die Zivilgesellschaft zu einer Verfassung von Oben und ohne soziale und ökologische Gerechtigkeit klar Nein gesagt hat. Ziele der Zivilgesellschaft sind so, die Herstellung einer ökologischen und sozialen Gerechtigkeit! Die Zivilgesellschaft zeichnet sich durch drei Momente aus: Grundlage sind die Menschenrechte, im Zentrum steht der Citizen, der Bürger, und man antwortet auf einen erlebten oder erkannten Leidensdruck mit Wille zur Änderung. NGOs und NPOs sind hier organisatorische Ausdrucksformen der Zivilgesellschaft, aber nicht simpel gleichzusetzen.

Zimmermann wünscht sich einen verlässlichen Staat aber auch effizienten Staat. Er skizzierte die Entwicklung aus der eines mittelständigen Unternehmens (Berndorf), das im 19. Jahrhundert Vorbild sozialer Verantwortung war und beispielsweise Schulen errichtete. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ist das Unternehmen durch die geänderten Rahmenbedingungen transformiert worden. Der Staat hat alles für den Bürger gemacht. Heute kann das Unternehmen auf 2.000 Mitarbeiter im In- und Ausland verweisen. Die soziale Verantwortung ist in der Unternehmenskultur manifestiert und zeigt sich beispielsweise in Mitarbeiterbeteiligung, so Zimmermann.

## Ausblick

Es beginnt sich auch nun die Zivilgesellschaft in Österreich zu formieren. Die Politik, der Staat und die Interessensvertretungen versuchen das Feld und Aufgabe der Zivilgesellschaft zuzuweisen und abzustecken. Parallel dazu formiert sich gerade die Zivilgesellschaft mit der Ausrichtung des „Tag der Zivilgesellschaft“ (voraussichtlich am 6. Mai 2006) und versucht sich als „Rat der Zivilgesellschaft“ organisatorisch zu konstituieren. Zivilgesellschaft wird hier nicht als Werkbank oder Anhängsel des Staates oder des Marktes verstanden, sondern als grundsätzliche, eigenständige, transformatistische Kraft.

Initiatoren dieses Rates sind u.a. Wolfgang Pekny (GREENPEACE), Peter Weihs (Institut für Nachhaltigkeit), Alfred Striegl (Wiener Deklaration), Fritz-Binder-Krieglstein (Eurosolar) und Christian Neugebauer (Glocalist Medien). Ein erstes Treffen am 12. Jänner mit rund 40 Organisationen bot Anlass zur Hoffnung auf eine erfolgreiche Realisierung des „Rat der Zivilgesellschaft“ sowie den „Tag der Zivilgesellschaft“. Ein umfassender Bericht dazu folgt in den nächsten Ausgaben des Glocalist Review. Die Glocalist Medien werden als Mitinitiatoren den „Rat der Zivilgesellschaft“ publizistisch und organisatorisch begleiten und Plattform bieten.

## Einladung zum Diskurs

Die GLOCALIST Medien laden daher die Community ein, ihre Thesen zur Zivilgesellschaft einzubringen und/oder das Positionspapier zum gegenständlichen Symposium der Reflexion und einem Kommentar zu unterziehen (Gratisdownload des Dokumentes unter [www.zivil.at](http://www.zivil.at)).

Die Beiträge werden alle grundsätzlich im GLOCALIST Review veröffentlicht sowie werden ausgewählte Beiträge im Themenheft „Zivilgesellschaft“ des GLOCALIST Magazine mit Erscheinungstermin 28. April (**Redaktionsschluss ist der 15. April**) publiziert. Alle Beiträge in elektronischer Form per Mail an: [office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com)

# Kurzanalyse der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong

Von Attac Österreich



## 1. Industrieländer sind die Gewinner, entwicklungsfeindliche Konzernagenda festgeschrieben

o Die Industrieländer haben sich letztlich durchgesetzt. Wichtig ist die Relation des Ergebnisses: für kleine, verwässerte Zugeständnisse bei Exportsubventionen, Baumwolle und Marktzugang für LDCs wurde ein schlechter Deal bei NAMA, GATS und den restlichen Landwirtschaftsthemen abgeschlossen. Es wurden die Weichen für weitere Liberalisierung, nicht für Entwicklung gestellt. Das geschlossene Auftreten der Entwicklungsländer brachte keine substantziellen Erfolge, ihre Anliegen wurden aufgeschoben.

## 2. NAMA (Nicht-Agrarischer Marktzugang): Niederlage für Entwicklung und Umwelt

o Die Einigung auf die „Schweizer Formel“ bedeutet Liberalisierung und Marktöffnung zugunsten globaler Konzerne statt Flexibilität und Entwicklungsfreundlichkeit. Zollabbau bringt für Entwicklungsländer die Gefahr der Deindustrialisierung, den Verlust von Zolleinnahmen, den Wegfall zollpolitischer Schutzmöglichkeiten zum Aufbau heimischer Industrien (infant industry policy) - das Erfolgsrezept sowohl der heutigen Industrieländer als auch der asiatischen Tigerstaaten.

o Die Details blieben offen: Die Koeffizienten der Schweizer Formel ebenso wie die Frage, ob Zolllinien oder Durchschnittsverpflichtungen herangezogen werden. Auch bezüglich der Sonderregeln für Entwicklungsländer gibt es keine klaren Antworten.

o Die Umweltfragen wurden ebenfalls ausgeblendet: es soll zu einer beschleunigten Liberalisierung brisanter Sektoren (Chemie, Elektronikprodukte, Forst-/ Fischprodukte) kommen, was einen weiteren Raubbau natürlicher Ressourcen sowie die Einschränkung umweltpolitischer Regulierungsmöglichkeiten befürchten lässt.

o Die Forderungen der Zivilgesellschaft - Stopp der Verhandlungen und Evaluierung der Entwicklungs-, Beschäftigungs- und Umweltwirkungen der bisherigen Liberalisierungen - wurden ignoriert.

## 3. GATS (Dienstleistungen) - Beschleunigung der Liberalisierungsagenda

o Der Beschluss des Annex C ermöglicht eine Beschleunigung und Verschärfung der bisherigen Verhandlungsweise durch plurilaterale Abkommen (Initiative einer Staaten-Gruppe). Der aggressive Benchmarking-Vorschlag der EU wurde etwas abgemildert. Folgende Punkte sind besonders problematisch:

o Der kurze Zeithorizont bis 2006, der die GATS-kritischen Schwellen- und Entwicklungsländer stark unter Druck setzten wird.

o Der Übergang vom bilateralen Verhandlungsverfahren zu plurilateralen Verfahren. Die Flexibilität für alle Mitgliedsstaaten wird dadurch reduziert. Bei einem plurilateralen Verfahren drohen die Prioritäten einzelner Länder unter die Räder einer gebündelten Übermacht anderer Länder zu geraten.

o Der Vorschlag von Mindest-Liberalisierungsverpflichtungen wird zu drastischeren Marktöffnungen führen. Das bedroht den selbstbestimmten Aufbau von Dienstleis-

tungssektoren in Entwicklungsländern und weitet die weltweite Dominanz von Dienstleistungskonzernen aus Industrieländern aus.

o Das Thema öffentliche Auftragsvergabe bleibt auf der Agenda und setzt somit ein entwicklungspolitisch wichtiges Instrument unter Druck.

#### 4. Landwirtschaft

o Entscheidungen beim Marktzugang, beim Zollabbau sowie bei internen Stützungen wurden verschoben.

o Ein Enddatum für Exportsubventionen wurde auf 2013 festgelegt. Das ist sehr spät, bis dahin ist weiterhin das gegenwärtige System gültig. Bereits 2004 wurde das Auslaufen der Exportsubventionen teuer „verkauft“. Dies erfolgt nun ein zweites Mal. Mit diesem Schritt wird lediglich etwas Schlechtes abgeschwächt. Wichtige Schutzinstrumente („Special Products“ und „Special Safeguard Mechanisms“) gegen Dumping und Vernichtungskonkurrenz werden den Entwicklungsländern genommen, grundlegende Probleme wie Importabhängigkeit, Abhängigkeiten kleinerer Produzenten von einigen wenigen Konzernen durch Konzentrationsprozesse, sowie die terms of trade wurden nicht thematisiert.

o Bei der Baumwolle wurde nur ein kleiner Teilaspekt angegangen, die Vorschläge der afrikanischen Mitgliedsstaaten ignoriert.

#### 5. Fazit

o Die WTO befindet sich in einer Sackgasse. Der Liberalisierungszug wird immer langsamer. Bald wird er ganz stehen. Die Interessen der Mitgliedsstaaten sind zu unterschiedlich, die nationalen Egoismen zu groß, es gibt kein gemeinsames Anliegen. Eine Freihandelszone mit ungleichen Partnern stößt an ihre Grenzen.

o Gemessen an den Kriterien Entwicklung, Umweltschutz, Menschenrechte oder soziale Sicherheit ist die Doha-Runde längst gescheitert.

o Es fragt sich, warum im April eine Einigung bei Themen erzielt werden soll, die seit Jahren feststecken.

## Alternativen zu Freihandel und WTO

### 1. Völlige Neuausrichtung des Welthandels

- Neue Ziele: nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung, Ernährungssouveränität, soziale Sicherheit, Menschenrechte, Umweltschutz und kulturelle Vielfalt.

Handel kann ein Instrument zur Erreichung dieser Ziele sein. Er ist aber kein Selbstzweck.

(Das sagen: UNDP, UNCTAD, Weltbank, UN-Subkommission für Menschenrechte.)

- Die Abkommen der UNO in den genannten Bereichen müssen verbindlich und einklagbar werden. UNDP, UNEP, UNCTAD, UNCED, ILO, WHO, FAO müssen demokratisiert und vor dem Hijacking durch transnationale Konzerne geschützt werden.

### 2. Keine Gleichbehandlung von Ungleichen - Schutz junger Industrien („infant industry policy“)

- Die Gleichbehandlung von Ungleichen ist eine Unge-rechtigkeit.

- Alle Industrieländer waren in ihrer Entwicklungsgeschichte Protektionisten, ebenso die asiatischen Tiger in der Phase ihres Aufstiegs. Dieser Entwicklungsweg muss allen offen bleiben. Zölle müssen ein legitimes und differenziert anzuwendendes Instrument der Industriepolitik bleiben. Das Ziel dahinter ist nicht Abschottung, sondern Entwicklung.

### 3. Ernährungssouveränität

- Ganz besonders gilt das für die Landwirtschaft. Jedes Land soll das Recht haben, seine Nahrungsmittel selbst herzustellen. Dafür streiten KleinbäuerInnen und Landlose in aller Welt. Der Schutz vor Dumping und Vernichtungskonkurrenz mit Zöllen und Quoten muss gerade in der Landwirtschaft erlaubt sein.

### 4. Ökologische Kostenwahrheit und ökonomische Subsidiarität

- Ein Großteil des Welthandels würde sich erübrigen, wenn die Preise alle Kosten beinhalten würden, z. B. alle ökologischen Externalitäten. Die Wirtschaft würde sich automatisch regionalisieren. Berechnungen aus der Schweiz haben ergeben, dass der Kilometerpreis für einen 40-Tonnen-Lkw bei Einrechnung aller externen Kosten auf zwei bis drei Euro steigen würde. (Derzeitige durchschnittliche Maut in Österreich: 0,22 Euro/km).

- Mit ökologischer Kostenwahrheit ist ein großer Schritt zu ökonomischer Subsidiarität getan: Alles soll so lokal wie möglich/sinnvoll hergestellt werden. Das ist wiederum weder Abschottung noch Autarkie, sondern der Vorrang für lokale Märkte und Wirtschaftskreisläufe. Oder ein pyramidaler Übergang vom Lokalen (Fundament) zum Globalen (Spitze).



## 5. Fair Trade als gesetzlicher Standard, nicht als freiwillige Nische - Corporate Accountability

- Welthandel soll stattfinden. Aber nur, wenn er den oben genannten Zielen zuträglich ist. Das wäre Fairer Handel. Dieser soll nicht über Kaufkraftentscheidungen (KonsumentInnen), sondern über demokratische Entscheidungen zum gesetzlichen Standard werden.
- Transnationale Unternehmen werden verpflichtet, sich sozial, ökologisch und menschenrechtlich verantwortlich zu verhalten. Konzerne, die die Verpflichtungen verletzen, werden vor einem UN-Tribunal verklagt. So wie heute schon Staaten von Konzernen bei internationalen Investitionsstreitigkeiten (UNO, Weltbank, NAFTA) verklagt werden können.

## 6. Standortschutzabkommen und Herkunftslandprinzip

- Globale Investitionsabkommen werden so ausgestaltet, dass nicht nur das Eigentum von Konzernen geschützt wird (in demokratisch festzulegendem Ausmaß), sondern auch die Rechte und Bedürfnisse der Standorte. Investitionen sind willkommen, wenn sie alle oben genannten Ziele erfüllen und die lokale Wirtschaft fördern, durch Mindestbeschäftigungsnormen, Bezug von Vorprodukten, Reinvestition eines Teils der Gewinne etc.
- Die EU macht den Anfang mit hohen Standards und wendet dabei das Herkunftslandprinzip an, um eine Vorbildwirkung auf andere Länder auszuüben.

## WELTBANK-STUDIE: DOHA-RUNDE NÜTZT DEN INDUSTRIELÄNDERN

Entlarvende Zahlen hat die Weltbank in einer aktuellen Studie über die Auswirkungen der Doha-Runde eröffnet.(1) Egal in welchem Szenario ("full liberalization" oder „most likely“): Die Doha-Runde nützt ganz überwiegend den Industrieländern!

- Beim Szenario „volle Liberalisierung“ würden die Industrieländer mit 201 Milliarden US-\$ profitieren, die Entwicklungsländer mit 86 Milliarden US-\$, einem guten Drittel. (Zusammen sind das jene „300 Milliarden“ US-Dollar, die IV-Generalsekretär Markus Beyrer gegenüber den Medien präsentierte.)

- Beim „most likely“-Szenario steigen die armen Länder noch schlechter aus: Sie würden nur noch ein Sechstel der zu erwartenden 96 Milliarden US-\$ einstreifen. Fünf Sechstel

oder 80 Milliarden US-\$ gingen laut Weltbank an die Industrieländer. Gemessen am BIP wären die Gewinne für Entwicklungsländer 0,14% ihres BIP oder knapp 1 Cent pro Kopf und Tag.

- 50% der Gewinne für Entwicklungsländer kämen genau 8 Staaten zugute: China, Indien, Brasilien, Argentinien, Mexiko, Thailand, Vietnam und Türkei. Mehr als 100 Entwicklungsländer müssten sich die andere Hälfte - 8 Milliarden US-Dollar im „most likely“-Szenario - teilen. Ein Almosen.

- Die Kosten für den Schutz geistiger Eigentumsrechte, den das TRIPS-Abkommen vorschreibt, werden mehr als 2% des BIP betragen(2) - gegenüber den 0,14% Liberalisierungsgewinnen der Entwicklungsländer im „most likely“-Szenario ist das etwas teuer.

- Der Zollabbau ist noch aus einem anderen Grund hochproblematisch: Im Durchschnitt der Entwicklungsländer machen Zölle 14% der Staatseinnahmen aus, bei den ärmsten LDC-Ländern sind es sogar 32%. (3) Letztere hätten bei einer radikalen Zollsenkung keine Möglichkeit, die Einnahmefälle durch Steuern zu kompensieren.

- Laut neuesten Revisionen der Weltbank-Studie werden nur 2,5 Millionen Menschen aus der absoluten Armut gehoben.

### Schafft oder zerstört Freihandel Arbeitsplätze?

Zum Versprechen „Handel fördert Wachstum, und Wachstum reduziert Armut.“

1. Das gegenwärtige Paradigma Handel => Wachstum => Entwicklung hat versagt: Weltweit lag das Wachstum pro Kopf in den 60er Jahren bei 3,6%, in den 70er Jahren bei 2,1%, in den 80er Jahren bei 1,3% und in den 90er Jahren bei 1,1%. Je liberalisierter die Weltwirtschaft, desto geringer das Wachstum.(4)

2. Die offene Arbeitslosigkeit stieg zwischen 1990 und 2002 in sechs von neun Weltregionen, nur in zwei Weltregionen sank sie, in den USA blieb sie konstant.(5)

3. Der Anteil der absolut Armen (= weniger als 1 US-\$ Tageseinkommen) stieg in den neunziger Jahren in Zentralasien, Nordafrika, Afrika südlich der Sahara, Lateinamerika, der Karibik, im Nahen Osten und in Osteuropa an.(6)

4. Der Hunger steigt seit Mitte der neunziger Jahre. In den Jahren 2000 - 2002 hungerten laut FAO 852 Millionen Menschen, das sind um 37 Millionen mehr als 1997 - 1999.

5. Wachstum und Handel können die Armut reduzieren. Sie können sie aber auch erhö-hen: a) wenn das Wachstum - etwa im Rohstoff- oder Agrarexportsektor - natürliche Lebensräume von FischerInnen, WaldbewohnerInnen oder KleinbäuerInnen zerstört, wenn b) Kleinstrukturen in Handel, Handwerk und Gewerbe in den Ruin konkurren-ziert werden und/oder c) wenn die Zuwächse ungerecht verteilt werden. Das ist laut UNO in 80% aller Länder der Fall (UNDP 2005).

6. Zahlreiche Länder wurden durch Marktöffnung und Teilnahme am Welthandel ärmer. In Kenia ging die Baumwollproduktion von 70.000 Ballen auf 20.000 Ballen zurück. Die Arbeitsplätze in der Textilindustrie schrumpften von 120.000 auf 85.000. In Sam-bia ging die Beschäftigung in den Handwerksbetrieben um 40% zurück, in Ghana um fast zwei Drittel.(7) 52 Länder wurden laut UNDP (2005) in den 90er Jahren ärmer.

7. Deshalb sollten das Instrument Handel und Wachstum nicht das Ziel sein, sondern nur dann angewandt werden, wenn sie nachhaltige Entwicklung auslösen und den eigentli-chen Zielen dienen: ökologische Verträglichkeit, soziale Sicherheit, Achtung der Men-schenrechte, Bewahrung der kulturellen Vielfalt. Das Entwicklungsprogramm der UNO stellte in seinem „Human Development Report 2005“ unmiss-verständlich fest: „Aus der Perspektive der menschlichen Entwicklung ist Handel ein Mittel zur Ent-wicklung, kein Selbstzweck. Indikatoren wie Exportwachstum, Export-BIP-Relation oder Marktöffnung sind keine Garanten für mensch-liche Entwicklung.“ ■

1) Kym Anderson und Will Martin et al.: „Agricultural Trade Reform and the Doha Development Agenda“, World Bank Report, November 1st, Washington D. C., 2005.

2) Weltbank: „Global Economic Prospects and the Developing World 2002“, Washington D.C., 2002.

3) UNCTAD 2004.

4) Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung/ILO: „Eine faire Globalisierung. Chancen für alle schaffen“, April 2004, S. 39.

5) ILO: Global Employment Trends, 2002.

6) Ebenda, S. 49.

7) „The Economics of Failure. The real cost of 'free' Trade for Poor Countries“, Christian Aid, Juni 2005.

# Reflexion über "Die Seele des Unternehmens"

Von Andreas Reinisch (Vorstandsmitglied Österreichisches Netzwerk  
Wirtschaftsethik) - Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe des OeNWE am  
6. Dezember 2005 in der iv

**Wenn ein Unternehmen, eine Seele  
hat, „lebt“ es länger.  
(Thich Thien Son)**

"Die Seele des Unternehmens" ist der Titel eines Filmes, der über einen Brückenschlag der besonderen Art berichtet. Schauplätze sind Zürich und Frankfurt/Main. Es ist mir persönlich wichtig diesen wohl einzigartigen „Brückenschlag“ den Mitgliedern des OeNWE zu präsentieren.

**Der Unternehmer im Kloster, der Abt  
als Firmenchef - Die Entwicklung  
einer Begegnung anlässlich des  
1. WSF in Arosa/ Schweiz im Januar  
2004...**

Anton Gunzinger und Thich Thien Son haben für eine Woche die Rollen getauscht und erzählen aus ihrer Sicht, wie sich Marktwirtschaft und Spiritualität berühren.

Anton Gunzinger (48) ist ETH-Professor und Inhaber der Zürcher Firma Supercomputing Systems. Das Unternehmen beschäftigt 50 Mitarbeitende und hat sich auf komplexe Computerlösungen für Firmen wie IBM, Agfa und SF DRS spezialisiert.

Thich Thien Son (38) ist Abt der buddhistischen Pagode in Frankfurt a.M., zu der ein Kloster gehört. Er ist auch Leiter des Buddhistischen Ausbildungs- und Begegnungszentrums in Frankfurt/Main. Er trat mit acht Jahren in den Orden ein und kam mit zwölf nach Deutschland. Die Pagode ist geistiges Zentrum für 5000 vietnamesische Gläubige.

Auf dem jährlich stattfindenden WSF - World Spirit Forum in Arosa war Toni Gunzinger Referent und verglich die Unternehmensführung mit der eines Klosters. Thich Thien Son fand diese These interessant, war allerdings nicht ganz seiner Meinung. So entstand die Idee, die Rollen zu tauschen - der Abt als Firmenchef und der Unternehmer als „Meister“ in der Pagode Chua Phat Huê. Sie folgten einem spielerisch-kindlichen Impuls und ließen sich auf das Experiment ein, so die Worte von Dr. Gunzinger. Beide fanden sich in einem anderen „Universum“ wieder, beide brachten wichtige Erkenntnisse und wertvolle Erfahrungen für ihre „Welt“ mit, beide bereicherten das jeweils andere „Unternehmen“.

**Was ist das WSF -  
World Spirit Forum?**

Das WSF ist ein jährlich stattfindender Weltkongress, welcher namhaften, spirituell orientierten Persönlichkeiten und Teilnehmern z.B. aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Religion, Kultur, Politik, Sport und Gesellschaft, eine Plattform zum Meinungsaustausch bietet. Es geht darum Lösungen für globale Fragen zu finden und diese Welt in Fairness zum Ausgleich zu bringen.

In seinem Ansatz ist das WSF ähnlich weltumspannend angelegt wie das WEF - World Economic Forum, welches normalerweise ungefähr zur gleichen Zeit im nahe gelegenen Davos stattfindet. Andererseits geht es dem finanziell und weltanschaulich unabhängigen WSF darum, den Führern aus Politik und Wirtschaft Denkanstöße zu ver-



ANDREAS REINISCH

mitteln, ihr Denken auf eine neue Bewusstheit hin zu beeinflussen.

Die Teilnehmer des WSF, Referenten, Gäste und Organisatoren kommen von allen Kontinenten und verschiedensten Ländern dieses Erdballs und sind somit in ihren Traditionen, Lebensgewohnheiten, Berufen, Glaubensrichtungen und Talenten höchst unterschiedlich. Dennoch verbindet sie alle etwas Besonderes. Es sind ihre Werte, Zukunftsvisionen und ganz bestimmte Eigenschaften. Sie sind geprägt von Toleranz, Menschlichkeit, Wertschätzung, Vertrauen, unbändigem Veränderungswillen und Tatkraft. Ihre Berichte über weltweite laufende Projekte und persönliche Erlebnisse haben viele infiziert, es ihnen gleich zu tun. Das nächste WSF findet von 22. bis 25. Jänner 2006 in Arosa statt.

### Was verbindet Toni Gunzinger und Thich Thien Son?

Es ist die Tatsache, dass sie beide „Brückenbauer“ sind. Thich Thien Son verbindet in Frankfurt nicht nur den Buddhismus mit dem christlichen Glauben, er schlägt auch aktiv eine Brücke zwischen der vietnamesischen Kultur und der Mitteleuropas. Toni Gunzinger ist Brückenbauer auf eine andere Art. Mit Überzeugung schafft er neue Grundlagen im Unternehmertum, wie das Erkennen, Schaffen und Erhalten von Werten innerhalb eines Unternehmens. Er verbindet so seit einiger Zeit das Unternehmertum - die Wirtschaft - erfolgreich mit der Spiritualität.

Er hat aus diesem Experiment die Erfahrung mitgenommen, dass es auch Wirtschaftstreibende gibt, die verantwortlich denken und handeln, damit jedoch noch einer Minderheit angehören. Viele Mitarbeiter sind erschöpft, ihre Seele ist verkrampft, so dass sie nicht in der Lage sind kreative Lösungen zu erarbeiten. Gerade für europäische Unternehmen ein großes Problem, denn wenn die Entwicklung neuer Produkte unterbleibt, werden asiatische Firmen sie bald nicht mehr nur kopieren, sondern überholen. Für sich selber hat er aus der Woche als Unternehmensleiter unter anderem auch das Vorhaben mitgenommen, zukünftig Business- und Finanzpläne für die verschiedensten Projekte im Kloster einzusetzen.

Spiritualität kann Unternehmen und Betrieben in ihrem Bestand und ihrer Entwicklung nützen.

Der Buddhismus beispielsweise besteht seit mehr als 2500 Jahren. Er lehrt Achtsamkeit, Aufmerksamkeit und geschärfte Wahrnehmung, liefert Erfahrungen und Erkenntnisse. Durch Achtsamkeit z.B. können Unternehmen Chancen wahrnehmen und nützen.

Thich Thien Son weiß, beten und meditieren alleine führt nicht zum Erfolg und ist auch nicht zeitgemäß. Er rät den Unternehmern öfter mal stehen zu bleiben und „herumzuschauen“. Bevor Sie den nächsten Schritt machen, prüfen Sie ob der Untergrund stabil ist und gehen Sie erst dann weiter. Vielen Wirtschaftstreibenden erscheint dies unzeitgemäß, doch wer schnell geht, kann auch schnell stolpern. Ihn erinnert die Wirtschaft zum Teil an Kampfsport, alle bewegen sich viel zu viel und vergeuden Energie. Er rät auch, sich zu fragen, ob das was Sie tun Sinn hat und was Sie damit ihren Kindern weitergeben. Solange Menschen Gefühle haben, sind sie Menschen, andernfalls sind sie nur Roboter. Wenn ein Unternehmen, eine Seele hat, lebt es länger!

### Was sind die Erkenntnisse von Anton Gunzinger? <<Mönche hielten mir Spiegel vor>>

Was die Kapitalisten von Buddha mitnehmen!? Prof.Dr. Gunzinger. Er selbst sagt von sich, dass er Unternehmer mit Leib und Blut ist. Er ist überzeugt, dass Werte und Spiritualität eine sehr wichtige Rolle im Unternehmertum spielen und eine immer wichtigere spielen werden. Seiner Ansicht nach braucht es neue Unternehmensgrundlagen.

Drei der fünf buddhistischen Grundwerte hält er für sehr bedeutend für die Wirtschaft von heute.

#### 1. Nicht stehlen, 2. Nicht lügen, 3. Nicht töten.

Würden sie im Unternehmertum gelebt, wäre die Welt in einem besseren Zustand. Eine weitere Erkenntnis Dr. Gunzingers ist, dass die Wirtschaft eines vergessen oder verlernt hat: Sie hat den Auftrag, der Gesellschaft, sprich der Menschheit, langfristig zu dienen. Dort wo dies nicht der Fall ist, müssen Korrekturen vorgenommen und Ausgleich geschaffen werden.

Der Rollentausch war für ihn ein weiteres Mosaiksteinchen auf dem Weg zum einem guten Unternehmer. Er wird sich mit dieser Thematik, im Austausch mit anderen Unternehmern, weiter auseinander setzen. Wenn man hinter dem steht, was man produziert, und seinen Mitarbeitern, die letztlich das Produkt erzeugen, vertraut und mit Achtsamkeit und Wertschätzung agiert, bekommt ein Unternehmen eine Seele. Thich Thien Son sagt: wenn ein Unternehmen eine Seele hat, „lebt“ es länger.

### Ob Marktwirtschaft und Spiritualität oder Wirtschaft und Gesellschaft - es geht um BEWUSSTSEINSCHAFFEN!

An dieser Stelle möchte ich auf das österreichische Projekt „Brückenschlag“ [www.brueckenschlag.org](http://www.brueckenschlag.org) aufmerksam

machen, das in ähnlicher Weise agiert. Dieses ausgezeichnete Projekt steht unter dem Motto „Sozialeinrichtungen und Wirtschaftsbetriebe lernen von einander und die Gesellschaft profitiert“. Soziale und wirtschaftliche Kompetenzen treffen einander um zu lernen, die jeweils anderen Qualitäten im eigenen Umfeld zu nutzen. Führungskräfte aus beiden Bereichen haben die Möglichkeit, für ein paar Tage in den jeweils anderen Alltag zu wechseln.

Im Sommer 2005 standen 14 Einsatzorte in Sozialeinrichtungen zur Verfügung. Ein Start- und Transferworkshop vor bzw. nach dem Einsatz gewährleisten die entsprechende persönliche Vorbereitung sowie die Integration der Erkenntnisse in den eigenen Alltag. Ein Projekt für zukunftsorientierte Führungskräfte, die bereit sind im Sinne der gesellschaftlichen Verantwortung Herausforderungen anzunehmen und die in Divergenzen Chancen für Fortschritt sehen.

### **Reinisch ist nicht konvertiert jedoch bekennender „Sozialromantiker“**

Ich persönlich bin nun nicht zum Buddhismus konvertiert, sondern lebe meine individuelle Spiritualität und freue mich über Begegnungen wie die eben geschilderten, die Bewusstsein schaffen. Seit mittlerweile 4 Jahren beschäftige ich mich mit der Erkenntnistheorie und damit, dies mit meinen praktischen Erfahrungen aus 15 Jahren Unternehmensein abzugleichen. Ich befasse mich intensiv mit ethischen Fragen und dem Themenkreis CSR - Corporate Social Responsibility sowie mit Wissenschaft und Spiritualität und bin dabei an einem Punkt angelangt, an dem es mir wichtig wird, nicht nur darüber zu diskutieren, sondern auch zu handeln. Mensch, Natur, Wirtschaft und das Universum - das ist für mich ein Gesamtorganismus, in dem alle Teile zueinander im Gleichgewicht stehen sollten.

Das globale Wirtschaftssystem ist aus der Balance geraten:

- Zwanzig Prozent der Bevölkerung verbrauchen achtzig Prozent der Ressourcen.
- In den Vereinigten Staaten halten die eineinhalb Prozent an der Spitze mehr Reichtum in ihren Händen als die untersten 90 Prozent.
- Das Nettoeinkommen der reichsten 834.000 Personen ist um fast eine Billion Dollar höher als das der 84 Mill. ärmsten Menschen zusammengenommen.

(Quellen: Tages-Anzeiger Zürich, „Gespräche mit Gott“ von Neale Donald Walsch)

Dies ist ein Zustand, der für mich nicht akzeptabel ist und zu unermesslichem Leiden führt. Wenn Menschen zu sehr leiden, steigt die Gefahr von Revolutionen, wie nicht zuletzt vor unserer Haustür in Frankreich geschehen. Deshalb richtet sich mein menschliches Sein und mein wirtschaftliches Tun auf die Unterstützung des Wertewandels und die Bewusstseinsveränderung, aus denen heraus alle ethischen, ökologisch verantwortlichen und sozial gerechten Handlungen folgen.

### **Danksagung:**

Dem WSF ist es sicherlich gelungen, sich als wegweisende Plattform zum Austausch von Wissen und Weisheit zu etablieren und das ÖNWE wünscht seinem Ehrenpräsidenten Sesto G. Castagnoli und seinem Team weiterhin „United Success“ ...

Toni Gunzinger und Thich Thien Son für den wohl einzigartigen „Brückenschlag“ und den daraus resultierenden Erkenntnissen an denen wir teilhaben dürfen.

Mag. Petra Rösler als Projektkoordinatorin des Österreichischen Projektes „Brückenschlag“ - die Lernwelt Wirtschaft und Gesellschaft - für ihre wunderbare Arbeit.

## **MORGEN IST DIE GEGENWART DER ZUKUNFT**



# Im Tal der Tränen liegt auch Gold

Von Dr. Stefan Nährlich (Geschäftsführer Aktive Bürgerschaft e.V. und Beiratsmitglied der GLOCALIST Medien)

*Die Diskussion über gesellschaftliches Engagement von Unternehmen hat sich in Deutschland etabliert. Doch zur Zeit stagniert die Corporate-Citizenship-Debatte. Die Mühen, aus dem Tal herauszufinden, lohnen sich aber allemal, denn zur Bürgergesellschaft gibt es keine Alternative.*

Viele Experten beklagen inzwischen eine Stagnation des Themas Corporate Citizenship, wie jüngst der Wissenschaftler Gerd Mutz in der Frankfurter Rundschau oder Frank Heuberger, Mitglied des Sprecherrates des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement, auf einer Tagung in Stuttgart. Wie kann das sein, wenn 8 von 10 Unternehmen sich bürgerschaftlich engagieren, wie vor einiger Zeit eine Studie herausgefunden haben will? Sehen die Experten den Wald vor lauter Bäumen nicht? Oder ist die Fachwelt einfach ernüchtert, weil die Praxis so manchen Corporate-Citizenship-Projektes den hochgesteckten Erwartungen doch nicht standhält? Vielleicht ist das so, doch haben die beiden Fachleute mit ihrer Diagnose auch Recht.

Inzwischen beginnt sich die fachliche Auseinandersetzung langsam aber sicher im Tal der Tränen zu verlaufen. Gelegenheiten dazu gab es viele. So stand vor der ersten Weggabelung das Schild "Corporate Citizenship - hier gewinnen alle" und verwies damit doch in Wirklichkeit nur auf einen Idealzustand, in dem engagierte Unternehmen, soziale Projekte und die gesellschaftliche Wohlfahrt Nutznießer dieses Engagements sind. Jedoch suggerierte die Botschaft zugleich auch, jedwedes Tätigwerden, ob spontane Aktion oder strategische Maßnahme, ob partnerschaftlich umgesetzt oder isoliert durchgeführt, ob kompetent gemangt oder nachrangig nebenbei miterledigt,

würde bereits in einer Win-Win Situation enden. Inzwischen ist so mancher eher enttäuscht.

Einen ganz gefährlichen Weg mit gleich zwei Gelegenheiten, sich zu verirren, bot auch der Pfad mit dem Hinweis "Hier ist alles Corporate Citizenship". Wo jede Form von Engagement in Untersuchungen als Corporate Citizenship bezeichnet wird und man dementsprechend eindrucksvolle Engagementquoten erreicht, erweckt man so zugleich auch den Eindruck, dass eigentlich alles zum Besten steht, da sich doch bereits so viele Unternehmen engagieren. Wozu sich also mit neuen Konzepten beschäftigen? Als noch problematischer erweist sich die Gleichsetzung von Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship. Was akademisch durchaus vertretbar ist, könnte bei den Unternehmen aber verheerender nicht ankommen, denn die politisch initiierten CSR-Kernthemen wie Umwelt- und Klimaschutz, Armutsbekämpfung usw. stehen den Maßnahmen unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements in Funktionslogik und Nutzenerwartungen meist diametral gegenüber.

Der Versuch, das Tal über den Weg "Corporate Citizenship gleich soziale Verantwortung" zu verlassen, scheint sich auch als wenig erfolgreich zu erweisen. Corporate Citizenship beschreibt das Unternehmen als Träger von Rechten und Pflichten, was jedoch auch den zwingenden Umkehrschluss zulässt, dass an Unternehmen keine weiteren Pflichten gestellt werden können als an Bürger. Bürgerschaftliches Engagement von Individuen ist freiwillig und unentgeltlich, häufig nutzenbezogen und oft zeitlich begrenzt. Unternehmen werden das für sich zu Recht auch in Anspruch nehmen wollen.



STEFAN NÄHRLICH

Doch der Weg, mehr Unternehmen als Corporate Citizens zu gewinnen, wird nur gelingen, wenn man den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Engagement und gesellschaftlichem Wandel, Stichwort Bürgergesellschaft, vermitteln kann. Nicht so sehr die Frage, wie Unternehmen etwas tun können, sondern welchen Beitrag sie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten wollen und können, wäre stärker zu thematisieren. Die Form des Engagements ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck zu mehr Eigenverantwortung und mehr gelebter Solidarität. Gleichzeitig ist sie Ausdruck des subsidiären Vorrangs privater Initiative vor staatlichem Handeln. Der Weg aus dem Tal ist mühsam, aber allemal lohnend, denn Alternativen gibt es nicht.

Erschienen in "Aktive Bürgerschaft Aktuell", 4/2004 ■

# ÖKOBÜRO zum Gegen- einander von Lissabon- Strategie und EU-Nach- haltigkeitsstrategie, das gar keines ist

Von Dr. Fritz Kroiss (Umweltpolitischer Leiter des ÖKOBÜROs, der Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen)



FRITZ KROISS

In den sechs Monaten der EU Präsidentschaft wird von Österreich erwartet, ehrlicher Makler zwischen den widerstreitenden Interessen zu sein. Österreichs Eigeninteressen sollten zurückgestellt werden. Europäische Interessen verfolgen heißt aber nicht nur, eigene Interessen zurückzustecken, sondern auch, wichtige Zukunftsfragen aktiv und mutig anzugehen und nicht an die nächste Präsidentschaft weiterzureichen.

Neben zahlreichen sektoralen Themen, die unter österreichischer Präsidentschaft anstehen, wie die Reform des EU-Abfallrechts, des EU-Luftreinhaltrechts und wichtigen Entscheidungen in den Bereichen Energie- und Klimapolitik sowie Gentechnik gerät ein Thema gerne in den Hintergrund: Die derzeit laufende Überarbeitung der EU Nachhaltigkeitsstrategie. Österreich hat sich nämlich vorgenommen, vom Gipfel des Europäischen Rates im Juni 2006 eine erneuerte europäische Nachhaltigkeitsstrategie beschließen zu lassen.

Derzeit gibt es nur ein - inhaltlich eher dürftiges - Hintergrundpapier der EU Kommission, das im Dezember 2005 präsentiert wurde. Es stellt 6 Themen in den Vordergrund:

- o Klimawandel und saubere Energie
- o Öffentliche Gesundheit

- o Soziale Ausgrenzung, demographische Entwicklungen, Migration
- o Effizientere Nutzung natürlicher Ressourcen
- o Nachhaltige Verkehrspolitik
- o Globale Armut und Entwicklung

Insgesamt legt die Kommission einen Schwerpunkt auf Themen mit einem Dominoeffekt, z.B. Erneuerbare Energien, die nicht nur CO2 reduzieren, sondern auch die Energieversorgungssicherheit erhöhen und die ländliche Entwicklung vorantreiben. Schlüsselthemen seien z.B. sauberere Autos oder die Energieeffizienz von Gebäuden.

Das Reformpapier der Kommission bleibt aber sehr beliebig und bietet keine Lösungen im angeblichen Spannungsfeld Wirtschaftswachstum versus Umweltpolitik an. Gerade ein derartiges Spannungsfeld wird aber von der Wirtschaft und in letzter Zeit auch von Teilen der EU-Kommission sehr stark suggeriert:

- o Mit der Initiative „Better Regulation“ hat die Kommission (nicht nur) im Umweltbereich einige Frontalangriffe auf bestehende und bewährte EU - Umweltvorschriften gestartet. In anderen Fällen sollten geplante Vorhaben gestrichen werden, wie etwa die Ratifikation der Protokolle zur Alpenkonvention, darunter auch das für Österreich wichtige

Verkehrsprotokoll. Die Streichung konnte letztlich verhindert werden.

- o Die Kommission hat die Vorlage der sog. thematischen Strategien zu zentralen Umweltthemen im Laufe des Jahres 2005 mehrmals hinausgezögert. Die gegen Jahresende vorgelegte thematische Strategie zur Abfallwirtschaft ist ebenso ambitionslos, wie die in den Monaten davor vorgelegte Strategie zur Luftreinhaltung. Es ist die Tendenz erkennbar, der Nichterreichung von Umweltzielen mit der Abschwächung dieser Ziele zu begegnen.
- o Die Lissabon Strategie, die für mehr Wachstum und Arbeitsplätze sorgen soll und der damit einhergehende Prozess laufen Gefahr, im Rahmen ihrer Bürokratieabbau-Initiative die europäische Umweltpolitik kaputt zu machen. Das führt zu absurden Ergebnissen: Während die neuen Mitgliedsländer in den vergangenen Jahren dazu gedrängt wurden, das EU Umweltrecht zumindest am Papier vollständig umzusetzen, wird nun dieser Rechtsbestand als Wirtschaftshindernis in Frage gestellt.

Nachhaltigkeitspolitik ist kein Wirtschaftskiller(1). Das Gegenteil ist der Fall: Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik bieten ein großes Potential für mehr Wachstum und Arbeitsplätze:

- o Umweltstandards fördern Innovation und saubere Produktion
- o Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Umweltrechts hat die Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedsstaaten hinsichtlich Umweltstandards weitgehend angeglichen und Ökodumping innerhalb Europas ausgeschaltet.
- o Viele neue Jobs wurden in den Bereichen umweltbezogene Dienstleistungen und Produktion von modernen und umweltgerechten Anlagen geschaffen.
- o Künftige Kosten wurden und werden vermieden: Der Bericht der Europäischen Umweltagentur „Frühe Warnungen - Spät gelernte Lektionen“ nimmt in 14 völlig unterschiedlichen Fallstudien Kostenvergleiche zwischen unterlassenen Vorsorgemaßnahmen und späteren (teuren) Reparaturmaßnahmen vor. So hat etwa die - trotz Warnungen von Fachleuten erfolgte - Verwendung von Asbest als Baustoff in den 60er Jahren später einige Firmen beinahe in den Konkurs getrieben - so hoch waren die Kosten bei der Sanierung.
- o Kosten der öffentlichen Hand werden reduziert: Berechnungen zufolge sind die durch Umweltverschmutzung bedingten Gesundheitskosten in Europa enorm. Auch der Wirtschaft entstehen hohe Kosten, z.B. durch Krankenstände: 200 Millionen

Krankenstandstage in Europa pro Jahr sind auf umweltbezogene Gesundheitsbeeinträchtigungen zurückzuführen.

- o Die Kosten der Untätigkeit und das Fehlen von verbindlichen Umweltstandards können daher wesentlich höher sein als die Ersparnisse.

Die Argumente der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas werden im Zusammenhang mit Umweltpolitik häufig unrichtig ins Spiel gebracht: Europa gibt mit 440 EUR deutlich weniger Geld pro Person für Umweltschutz aus als die USA (620 EUR) und Japan (670 EUR). Außerdem sind die Ausgaben der europäischen Industrie für Umweltschutz seit 1999 bereits um 25 % gefallen. Dennoch ist es für kurzfristig denkende Manager und Interessenvertreter der Wirtschaft reizvoll, weitere Kostenreduktionen im Umweltbereich zu verlangen: Die Nachteile fehlender oder mangelhafter Umweltvorsorge zeigen sich zeitverzögert und werden in vielen Fällen vom Staat und damit von der Allgemeinheit getragen.

Europas Entscheidungsträger dürfen daher Errungenschaften in der europäischen Umweltpolitik nicht einer kurzfristigen und kurzsichtigen Wirtschaftswachstums-Euphorie opfern. Sie müssen verstehen, dass Umweltpolitik nicht Selbstzweck ist, sondern handfeste ökonomische (nicht nur umweltpolitische) Argumente für einen vorsorgenden Umweltschutz sprechen. Dies wird auch von allen führenden Wirtschaftswissenschaftlern anerkannt. Laut Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit 2005 des Weltwirtschaftsforums sind Finnland, Schweden und Dänemark die drei wettbewerbsfähigsten Länder der Welt. Es ist wohl kein Zufall, dass gerade diese drei Länder auch zu jenen mit den höchsten Umweltstandards in Europa und weltweit gehören.

Was den für Juni geplanten Beschluss einer europäischen Nachhaltigkeitsstrategie betrifft, ist Österreich gefordert, ein völlig neues Papier zu schreiben und zu diskutieren. Es muss zentrale Fragen der Implementierung von Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens in der Praxis ansprechen und einen Beitrag leisten, Europas Wirtschaftspolitik in die richtige Richtung zu lenken:

- o Potential der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik für Wachstum und Arbeitsplätze. Umwelttechnik ist ein österreichischer Exportschlager. Das könnte Vorbildfunktion für andere Mitgliedsländer haben: Investitionen in Entwicklung und Implementierung von Umwelttechnik lohnt sich! Auch die EU Kommission hat das erkannt und bereits 2004 einen Umwelttechnik-Aktionsplan ausgearbeitet.
- o Kontraproduktive Subventionen abbauen. Nach landläufiger Meinung scheitert Umweltschutz oft am

Geld. Meistens ist aber das Gegenteil der Fall: Jahrzehnte alte Subventionspraktiken, die fortgesetzte Umweltverschmutzung begünstigen, werden aus Rücksicht auf die Nutznießer nicht aufgeben, zum Beispiel in der Energie und Verkehrspolitik.

- o Kostenwahrheit herstellen: In der Verkehrs- und Energiepolitik bestehen große Defizite was die Anlastung der Betriebs-, Umwelt und Gesundheitskosten an die Nutzer angeht. Die kurz vor Weihnachten erfolgte Einigung auf eine neue EU - Wegekosten-Richtlinie ist ein aktuelles Beispiel für eine versäumte Gelegenheit, zu mehr Kostenwahrheit zu gelangen.
- o Die globale Dimension: Unser derzeitiges Wirtschaftssystem ist nicht zukunftsfähig. Europa muss Vorreiter werden auf dem Weg zu einer dauerhaft tragbaren globalen Ökonomie. Dazu sind Initiativen auf internationaler Ebene ebenso notwendig wie EU-interne Maßnahmen. Die geplante Einbeziehung des Flugverkehrs in den CO2 Emissionshandel oder andere Maßnahmen zur Herstellung von mehr Kostenwahrheit im Flugverkehr sollten zuerst auf EU-Ebene und dann global umgesetzt werden.

Für die europäische wie die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie gilt gleichermaßen, dass die Implementierung der Zielvorgaben besonders dann Schwierigkeiten macht, wenn es um einen grundlegenden Systemwandel geht, wie etwa in den Bereichen Steuern und Subventionen. Die Zusammenarbeit mit allen Kommissionsdienststellen und Ministerratsformationen ist daher wichtig, denn: Die Bremser sind bestimmte Kreise in der EU Kommission, viele europäische Finanz- und Industrieminister, der EU-Wettbewerbsrat und die vielen pressure-groups, die die Systemveränderungen verhindern wollen, die zu ihrem Nachteil wären.

Wichtig ist daher nicht nur, dass Österreich in überzeugender Weise die einzelnen Fachministerräte in Brüssel mit dem Thema Nachhaltigkeitsstrategie befasst (was ohnehin geplant ist), sondern auch selbst progressiv Positionen vertritt und mit gutem Beispiel vorangeht. Das ist aber bei weitem nicht immer der Fall, wenn man sich Äußerungen von Kanzler Schüssel gegen langfristige verbindliche Klimaziele oder von Minister Bartenstein zugunsten von lediglich unverbindlichen Zielen in der Energieeffizienz-Richtlinie ansieht.

Das Beziehen derartiger rückwärtsgewandter Positionen macht Österreich unglaubwürdig. Wenn der Rhetorik keine oder die falschen Taten folgen, wird das von den anderen Mitgliedsstaaten rasch erkannt werden. Eine echte Vorreiterrolle in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ist daher gefragt! ■

1) Dass Umweltpolitik und Wirtschaftswachstum kein Widerspruch sind, hat selbst EU-Umweltkommissar Stavros Dimas im Herbst 2005 in einer Rede mit vielen Beispielen belegt.

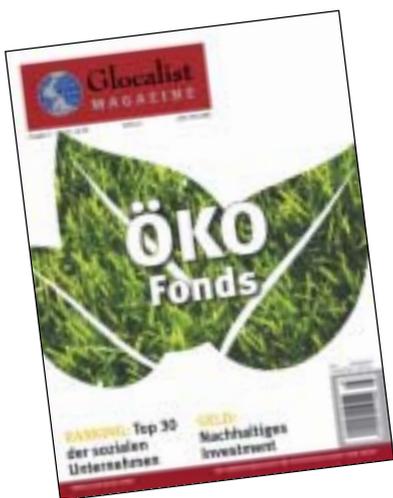


# Glocalist

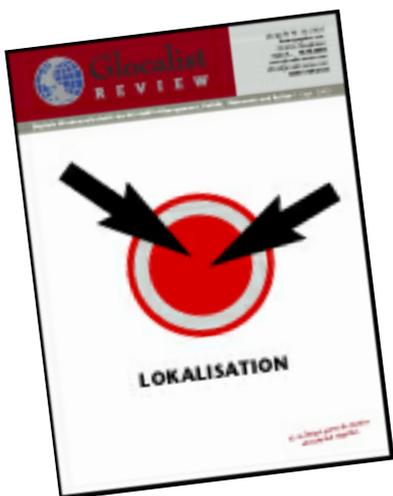
## M E D I E N

*Medien für Zivilgesellschaft und NGOs*

**Tust du denken  
mutdulesen!**



Jeden Monat in  
ihrer Post  
10 Ausgaben jährlich



Jeden Montag in  
ihrer Mailbox  
41 Ausgaben jährlich

## KOMPLETT-ABO

Jetzt zum  
Einführungspreis\*

# 80,- Euro

(statt 125,-) von

für 41 Ausgaben GLOCALIST Review und 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine  
inkl. Versand innerhalb Österreichs.

## MAGAZINE-ABO

Jetzt zum  
Preis von

# 40,- Euro

für 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine inkl. Versand innerhalb Österreichs.

## Ich will lesen:

Vorname/Nachname: .....

Firma/Organisation: .....

Straße: .....

PLZ/OrtL: .....

E-Mail: .....

**ABOBESTELLUNG** per **Mail** an [office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com)

oder unter **Tel:** 01/597 2001 oder **Fax:** 01/597 6855

Achtung Kleingedrucktes: Das Glocalist Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich um ein weiteres Jahr. Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter [office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com) oder per Post an: „Glocalist Medien“ Barmherzigengasse 16/7/1, A-1030 Wien. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels). \*Einführungspreis gültig bis 31.12.2006. Der Einführungspreis gilt einmalig und ist auf bestehende Abonnements nicht anrechenbar und gültig für ein Jahresabo.